

Bolivien: Ein Land "fuera de servicio"?

Der am 6. Juni 2005 zurückgetretene Präsident Carlos Mesa zog eine ernüchternde

Abschlußbilanz:

„Bolivien gleicht einem Karneval von Verrückten!“

Welche Gründe gibt es für komplizierte Situation?

I. Grundsätzliche Einflußfaktoren

- a) Die Bolivianische Geschichte
- b) Die Politik

II. Wichtige Akteure im bolivianischen Kontext

- a) Die indigenen / sozialen Bewegungen
- b) Die Gewerkschaften und Nachbarschaftskomitees
- c) Die Unternehmergruppen des Tieflandes
- d) Multinationale Unternehmen
- e) Die Vereinigten Staaten

III. Die Konfliktlinien

- a) Der Kampf um die Bodenressourcen
- b) Gespaltenes Land oder die „zwei Bolivien“?
- c) Die Constituyente (Verfassungsgebende Versammlung)
- d) Bevölkerung gegen Regierung: Ein Teufelskreis?

IV. Zukunftsperspektiven

I. Grundsätzliche Einflußfaktoren

a) Die Bolivianische Geschichte

- **Salpeter-Krieg 1879-1883:** Der Krieg endete für Bolivien mit dem Verlust des Meerzugangs an Chile. Die Wiedererlangung wird bis heute als wichtigstes außenpolitisches Ziel gewertet. Chile weist Gebietsansprüche mit Verweis auf das Friedensabkommen von 1904 zurück. Wie verankert das problematische Verhältnis zu Chile bis heute im politischen Diskurs ist und sich im Zuge der Radikalisierung der Auseinandersetzungen in Bolivien weiter verschlechtert hat, illustriert folgendes Beispiel: Im Zuge der Krise in Bolivien im Juni 2005 bat der Präsident Carlos Mesa die argentinische und die brasilianische Regierung sowie die UN um eine Beobachterkommission für die Parlamentssitzung in Sucre, wo über sein Rücktrittsangebot und die Ernennung eines neuen Präsidenten entschieden werden sollte. Eigentlich wäre die OAS erster Ansprechpartner geworden, doch dies ist durch die Wahl des Chilenen José Miguel Insulza an ihre Spitze im speziellen bolivianischen Fall nicht vermittelbar. Damit existieren momentan auch eingeschränkte Möglichkeiten der OAS bei einer Zuspitzung der Lage im Rahmen der von allen amerikanischen Staaten entwickelten Demokratiecharta in Bolivien tätig zu werden.
- **Chaco-Krieg 1932-35:** Die schwere Niederlage weckte ein neues Bewusstsein innerhalb der Gesellschaft. Erstmals entstand überhaupt der Gedanke, dass die Indigenas Teil der Nation sind. Die Mittelklasse sah sich auf einmal von Angesicht zu Angesicht der indianischen Bevölkerungsmehrheit der Quechua und Ayamara gegenüber, die keine Ahnung hatten, für wen sie in diesem Krieg überhaupt gekämpft hatten. Den nationalen Verpflichtungen mussten die Indigenas als Soldaten nachkommen, während die Offiziersränge von Kreolen eingenommen wurden. Der Chaco war für die aus dem andinen Hochland kommenden Quechua- und Ayamarastämmigen Indigenas völlig fremdes Terrain, insgesamt starben bei einer Gesamtbevölkerung von 2 Mio. 65 000 Personen.
- **Die Revolution von 1952:** In der zweiten Revolution Lateinamerikas nach der Mexikanischen Revolution 1910 entmachtete die nationalrevolutionäre Bewegung MNR unter Führung von Victor Paz Estenssoro (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*) in Kooperation mit den großen Minenarbeitergewerkschaften die Minen- und Großgrundbesitzer. Die Zinnminen wurden verstaatlicht, die Streitkräfte aufgelöst und es wurde eine umfassende Agrarreform eingeleitet. Durch die Verleihung des Wahlrechts an Indigenas, Analphabeten und Frauen vergrößerte sich die Wählerschaft von 130 000 (1951) bis auf 960 000 (1956). An die Stelle des Begriffs *indio* trat mit der Revolution 1952 der Begriff *campesino*, an die rein ethnische Definition trat nun die der Rolle im Produktionsprozeß entsprechende Zuschreibung. Die ethnische Diskriminierung setzte sich aber fort, die Unterdrückung fand nun subtilere Formen.

b) Die Politik

- In Bolivien hat sich bis heute das Konzept von Politik als Elitenangelegenheit wenig verändert. Seit der Demokratisierung 1982 wechselten sich bis heute eine begrenzte Anzahl von Parteien (primär: MNR, MIR, ADN) und Personen an der Macht ab. Durch die Besonderheit des bolivianischen Präsidentialismus können Präsidenten nach einer Pause von einer

Legislaturperiode sich einmalig erneut zur Wahl stellen. Das führte dazu, dass Sánchez de Losada 2002 erneut gewählt worden ist und die Parteiführer Sánchez de Losada, Paz Zamora und Hugo Banzer (der 1997 nach 7-jähriger diktatorischer Herrschaft in den 70er Jahren als demokratischer Präsident gewählt wurde) immer im Hintergrund mitmischten.

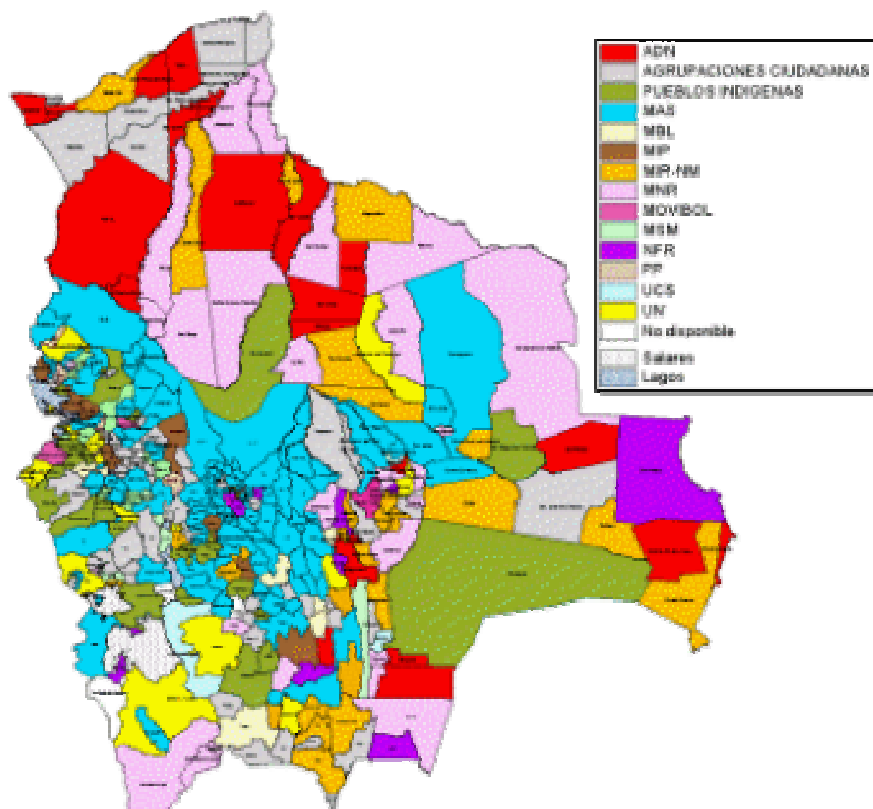
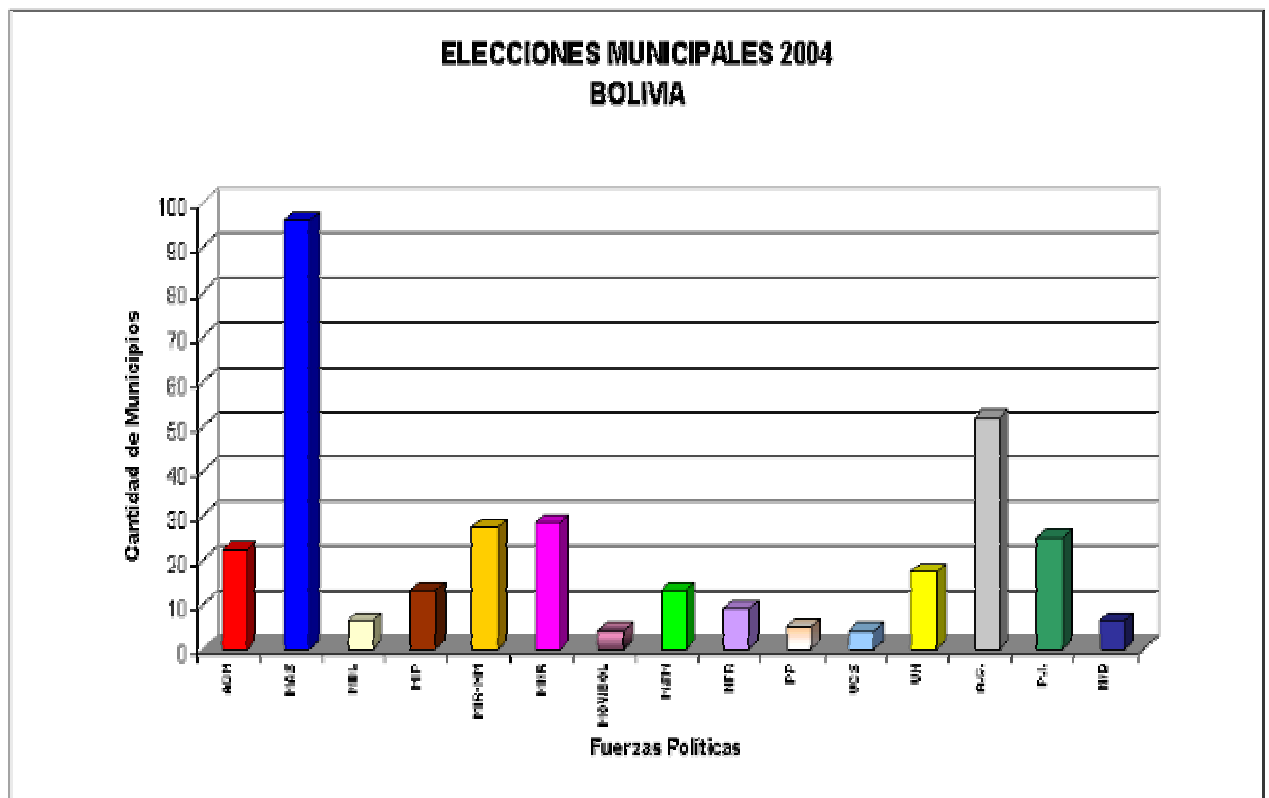
- Hinzu kommt, dass der Präsident, wenn er bei den Wahlen keine absolute Mehrheit bekommt (Dies ist bisher nicht der Fall gewesen), im zweiten Wahlgang vom Parlament gewählt wird. Dies führte zu Koalitionen, die v.a. von der Pfunde Verteilung und kurzfristigen Vorteilen bestimmt waren und programmatische Ausrichtungen zurückstellten. Ein Beispiel ist die Verbindung des MIR und der ADN, die von den Parteiführern Paz Zamora und Banzer 1989 eingegangen wurde: Paz Zamora wurde als Drittplatzierter der Wahlen neuer Präsident. Zugleich kam es zu einer Verabredung einer Unterstützung des MIR für eine mögliche Präsidentschaft Banzers, dieses Versprechen wurde 1997 umgesetzt. Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass nicht primär der Wählerwillen umgesetzt wurde, sondern die eigene Vorteilsnahme und bestimmte Absprachen bei der Koalitionsbildung dominierten.
- Die Rigidität des Präsidentialismus, in dem der Präsident nicht durch das Parlament abberufbar ist, hat mit der Verschlechterung der ökonomischen Situation zur Jahrtausendwende zur „Radikalisierung der Straße“ beigetragen und zu zwei *golpes populares* geführt (Oktober 2003 und Mai 2005). Dieses Phänomen wurde auch zuletzt in Ecuador sichtbar. Der Protest signifikanter Bevölkerungsgruppen ersetzt laut Günther Maihold (Stellv. Direktor der Stiftung Wissenschaft u. Politik) zunehmend das Militär in seiner früheren Rolle als extra-institutionelles Element.
- Ein weiteres Problem ist die Dominanz der Eliten. Während die Unternehmereliten, z.B. aus Santa Cruz bis zur Präsidentschaft Carlos Mesas immer an der Macht partizipierten, konnten bis 2002 allenfalls ein paar indigene Abgeordnete etwas Folklore im Parlament verbreiten. Es gelang bisher nicht, eine programmatisch gefestigte und attraktive indigen geprägte Partei zu gründen. Die erfolgreichste Partei der indigenen Bevölkerung war in den 90er Jahren die CONDEPA, sie war aber zum einen eine one-issue-Partei, zum anderen vollständig fokussiert auf ihren charismatischen Führer Carlos Palenque. Eine nicht vorhandene legitime Interessenvertretung der indigenen Bevölkerung hat den Aufstieg populistischer Bewegungen begünstigt.
- In Bolivien zeigt sich durch die rasant voranschreitende Diskreditierung der politischen Parteien ein Phänomen, das in anderen lateinamerikanischen Ländern schon länger zu beobachten ist. Politische Parteien werden für ambitionierte Kandidaten zur Belastung, denn sie werden in der Öffentlichkeit mit Korruption und Intransparenz assoziiert. Bei den Kommunalwahlen 2004 wollte kaum jemand als Kandidat für den MNR antreten, weil dies gleich mit dem nach den Oktoberunruhen 2003 extrem verhaßten Sánchez de Losada in Verbindung gebracht wurde.
- Der dominierende Gegensatz in Bolivien lautet momentan: Sehr starke Zivilgesellschaft vs. sehr schwache Regierungen und schwache Parteien. Da weder staatliche Institutionen, noch die traditionellen Parteien eine Rolle als Konfliktlösungs- und Konfliktkanalisierungs-Instanz wahrnehmen, gehen viele Bürger mit ihren Forderungen auf die Straße. Die Straße wird als einziger Ort empfunden, wo ihre Probleme wahrgenommen wurden.
- Die Volksvertretungsfunktion wird so sukzessive von den sozialen Bewegungen übernommen und als Weg der erfolgreichen politischen Partizipation an einem System wahrgenommen, das vielen Bolivianern sonst keine Zugangsmöglichkeiten bietet.
- Verstärkter Wunsch nach Partizipation und zunehmende Politisierung wird an der starken Zunahme der Bürgervereinigungen und indigenen Listen deutlich.

- Durch starke Abhängigkeit der neuen Parteien und Bürgervereinigungen von Kandidaten besteht aber folgendes Problem, auf das Ulrich Goedeking hinweist: „Die Gefahr ist groß, dass im Ergebnis die Herrschaft eines kleinen Sonnenkönigs steht, der im Bewußtsein der eigenen Stärke tut, was ihm beliebt, ohne sich dabei allzu sehr um demokratisches Prozedere zu kümmern.“ (Bolivia-Info Nr. 140, S.4).
- Auch die zur Kommunalwahl 2004 zahlreich gegründeten Listen und Bürgerbewegungen werden als solche nur am Rande wahrgenommen, entscheidend sind die Personen. Die Abhängigkeit von Personen wurde in der Vergangenheit v.a. auch bei Präsidentenwahlen sichtbar: Die Partei des Präsidenten Banzer, ADN, bekam bei den letzten Wahlen nach Banzers Tod als amtierende Regierungspartei nur noch 3 % der Stimmen.
- Allerdings wird in Zukunft auch die Regierungsfähigkeit immer komplizierter durch die Atomisierung des Parteiensystems.
- Außerdem können die meisten neuen pol. Gruppierungen bei den Parlamentswahlen keine Rolle spielen, da sie in der Regel nur über regionalen Einfluss verfügen und durch starke Personalisierung wenig fähige Parteipolitiker in der „zweiten Reihe“ besitzen.
- Der MAS von Evo Morales als Ausnahme: Die Partei ging diesmal bei den Kommunalwahlen 2004 als deutlicher Sieger hervor, der MAS verfügt als einzige Parteien neben den traditionellen Parteien über eine landesweite Präsenz. Fraglich ist aber, welche Bedeutung diese Partei ohne Evo Morales hat.
- Die Entwicklung der letzten Jahre hat den MAS in eine paradoxe Rolle maövriert: Einerseits will die Partei eine einflußreiche Rolle im Parlament spielen, andererseits sieht es seine Hauptaufgabe an, die außerparlamentarische Opposition zu führen.

Abbildung 1: Ergebnisse der Kommunalwahlen 2004 in Bolivien (aus Bolivia-Info, Nr.140, S.7)

Ergebnisse in den größten Städten					
Stadt	Partei / Bürgervereinigung*	Stimmen	**	Bürgermeister / Spitzenkandidat	
La Paz	MSM	Movimiento Sin Miedo	45,9%	7	Juan Fernando Del Granado Cos
	MAS	Movimiento Al Socialismo	19,9%	3	Pablo Ramos Sanchez
	UN	Frente De Unidad Nacional	12,3%	1	Hernan Paredes Muñoz
El Alto	PP	Plan Progreso	53,3%	7	José Luis Paredes
	MAS	Movimiento Al Socialismo	17,8%	3	Wilson Gonzalo Soria
	M-17	Movimiento 17 De Octubre*	10,8%	1	Roberto De La Cruz
Cochabamba	CIU	Ciudadanos Unidos*	33,3%	5	Gonzalo Gabriel Terceros Rojas
	MAS	Movimiento Al Socialismo	31,1%	4	Gonzalo Eberto Lema Vargas
	NFR	Nueva Fuerza Republicana	9,9%	1	Jhonny Seralo Antezana Martinez
	UCS	Unidad Civica Solidaridad	9,8%	1	Edwin Mallon Avalos
Santa Cruz	AS XXI	Alianza Siglo XXI*	23,3%	3	Roberto Fernandez Saucedo
	FA	Frente Amplio Juntos Para Todos*	21,2%	3	Percy Fernandez Añez
	MUP	Movimiento Unidad Y Progreso*	19,2%	3	Oscar Vargas Ortiz
	MAS	Movimiento Al Socialismo	9,5%	1	Oswaldo Peredo Leique
	MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario	7,0%	1	Maria Desiree Bravo Monasterio
	Sucre	MBL	Movimiento Bolivia Libre	27,6%	4
SPT		Sucre Para Todos*	18,5%	3	Victor Hugo Havia Romero
MPC		Movimiento Poder Ciudadano*	18,4%	3	Luis Fidel Herrera Rellini
MAS		Movimiento Al Socialismo	8,3%	1	Dennis Cuno Cayara
Potosi		AS	Alianza Social*	65,5%	10
	MIR - NM	Movimiento De La Izquierda Revolucionaria - Nueva Mayoria	10,0%	1	Sergio Medinaceli Soza
	Oruro	MCSFA	Movimiento Ciudadano San Felipe De Austria*	38,3%	7
UN		Frente De Unidad Nacional	10,5%	1	Carlos Ernesto Espada Tellez
MOVIBOL		Movimiento Bolivariano	9,8%	1	Freddy Angel Alavez Nina
MAS		Movimiento Al Socialismo	9,5%	1	Jose Maria Arturo Alessandri Severic
MIR - NM		Movimiento De La Izquierda Revolucionaria - Nueva Mayoria	6,0%	1	Juan Jose Sarmiento Sanchez
Tarija		MIR - NM	Movimiento De La Izquierda Revolucionaria - Nueva Mayoria	52,3%	8
	FRI	Frente Revolucionario De Izquierda	12,6%	1	Oscar Daniel Zamora Medinaceli
	MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario	11,6%	1	Alfonso Paul Lema Grosz
	MAS	Movimiento Al Socialismo	6,6%	1	Lorenzo Palala Evzaquirre

Abbildung 2: Gesamtergebnis der Kommunalwahlen 2004 und politische Landkarte Boliviens nach diesen Wahlen (Quelle: Corte Nacional Electoral de Bolivia)



II. Wichtige Akteure im bolivianischen Kontext

a) Die Indigenen / Sozialen Bewegungen

- Bevölkerung: 8,3 Millionen, knapp 60 % sind den indigenen Bevölkerungsgruppen zuzurechnen. In dem bolivianischen Kontext sind zwei Seiten wichtig:
 - a) ökonomische Unterdrückung der campesinos/indios mit der totalen wirtschaftlichen Dominanz der kreolischen Oberschicht (und die hinter ihnen stehenden ausländischen Kreditgeber und Investoren) ist eine bis in die heutige Zeit herrschende Determinante des gesellschaftlichen Lebens in Bolivien. Während der langen Phase der Militärdiktaturen fand die Unterdrückung subtilere Maßnahmen, vgl. *Pacto militar-campesino* unter René Barrientos 1964.
 - b) Ethnische Unterdrückung durch nach wie vor latenten und offen sichtbaren inklusiven Rassismus.

In Bolivien existieren zwei räumlich, aber auch ideologisch voneinander getrennte indigene Bewegungen, sowie eine dritte, die der Cocaleros, die aber eher dem Charakter einer sozialen Bewegung entspricht. Während das Hochland eher auf Konfrontationskurs zum Staat geht, setzen die Völker des Oriente auf Kooperation, allerdings hat es in jüngster Zeit im Zuge der Landfrage auch hier eine Radikalisierung gegeben.

1. Die Bewegungen des Hochlandes

- Erfahrung der Ayamara- und Quechua-Indigenas gerade in den Städten hatte gezeigt, dass ihre Stigmatisierung mit der Revolution von 1952 nicht beendet worden war.
- Die sogenannte Kataristenbewegung verleiht der Forderung nach Gleichberechtigung und ethnischer Anerkennung Ausdruck, hieraus geht die Campesino-Gewerkschaft CSTUCB (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*) hervor. Kampf gegen die Militärdiktaturen.
- Problem: Differenz Basis (ayllu, comunidad) vs. in der „kreolischen Welt“ sozialisierte indigene Führer (Gewerkschaft), dies drückt sich in den geringen Erfolgen indigener Parteien bei Wahlen aus.
- Traditionsverbundene Organisationsformen werden von einem Großteil der indigenen Bevölkerung des Hochlandes weiter als Fundament für selbstbestimmtes politisches Handeln betrachtet. Daraus resultiert ein distanziertes Verhältnis zum Staat. Vielfach dominiert ein situatives Empfinden der indigenen Identität, z.B. wenn der (meist konfrontative) Kontakt zum Staat zur Durchsetzung von Forderungen gesucht wird.
- Die Gewerkschaft der CSTUCB (entwickelt sich nach ihrer Gründung 1960 zur wichtigsten Interessenvertretung. Auch Evo Morales ist ein führendes Mitglied dieser Gewerkschaft, bis er 1987 das *Movimiento al Socialismo* gründet. Der heutige Vorsitzende Felipe Quispe gründete 2000 das *Movimiento Indígena Pachakuti* (MIP) und ist einer der führenden Vertreter der indigenen Bewegungen des Hochlandes.

- Quispe's Forderung nach einer neuen Nation der Aymara beruft sich direkt auf die Unabhängigkeitsbewegung, um ein Ende der Jahrhunderte währenden »rassistischen Unterdrückung« herbeizuführen. Dabei geht es auch um die Verteidigung eines Systems kommunaler Regierung, das die Nutzung natürlicher Ressourcen, die Arbeitsorganisation und die sozialen und familiären Beziehungen unter Kontrolle hat. Quispe fällt dabei die Rolle des »Mallku« zu, der bei den Aymara die oberste Autorität darstellt.
- Nach den Vorstellungen der Aymara leben die Bauern nicht einfach von Wasser und Land, sie schulden ihre Existenz den Naturelementen und widmen ihnen in Form der Pachamama (Mutter Erde) bes. Opfer und alltägliche Handlungen.
- Deshalb sind in ihren Augen Maßnahmen wie das staatl. Wassergesetz oder das Landgesetz INRA, ebenso wie das Gesetz über den Umgang mit den fossilen Brennstoffen, wie dem Erdgas, Entscheidungen, die ihr System des Überlebens und ihre Lebensweise verletzen.
- Quispe verfolgt (symptomatisch für das Hochland) in Verhandlungen mit dem Staat eine Doppelstrategie: Verhandlungen mit Regierung und gleichzeitige Organisation des Aufstands der Aymara in Form von Straßenblockaden.
- Quispe strebt neue indigene Verfassung an, Bolivien solle kollasuyo heißen und selbst der Generalstab solle aus indigenen Bauern zusammengesetzt werden, alle Weißen müssen das Land verlassen. Statt Nationalflaggen gebrauchen die Anhänger die andinen Whiplas.
- Widerspruch: Er lehnt jegliche Partizipation am politischen System als Verrat an der indigenen Sache ab, zugleich beteiligt sich der MIP an Wahlen.
- Quispe hat in letzter Zeit massiv an Einfluss verloren: Die CSUTCB hat sich in ein pro-MAS und Anti-MAS-Lager gespalten. Das letztgenannte wird von Quispe vertreten, während das Lager, das sich für eine Zusammenarbeit mit dem MAS einsetzt, von dem MAS-Senator Román Loayaza angeführt wird. Durch seine Organisation der Streikbewegung im Mai/Juni 2005 hat er sich innerhalb der sozialen Bewegungen weiteres Renomee erworben und Quispe weiter an den Rand gedrängt. Loayaza brachte es fertig, 40 000 Menschen in einem Protestzug nach La Paz zu führen und 139 Blockadepunkte im Land einzurichten. Mittlerweile gilt er als zweiter starker Mann im MAS hinter Evo Morales.

2. Die indigenen Bewegungen des Tieflandes

- 1982 Gründung des CIDOB (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia*). Ziel: Organisatorischer Zusammenschluss der indigenen Völker des Tieflandes, jenseits von Parteien und Gesellschaften. CIDOB vertritt 34 Ethnien mit knapp 300 000 Mitgliedern.
- Ausgangspunkt: Zurückdrängung der angestammten ethnischen Gruppen durch Vordringen exportorientierter Agrarunternehmen und damit zunehmende Gefahr ihrer Existenz in den angestammten Siedlungsgebieten.
- Grundlage: Die soziokulturelle Identität, nicht die ökonomische Identität als Kleinbauer. Kein Bewusstsein einer Klassengesellschaft. Unmittelbare Lebenssituation als Ausgangspunkt der Identität.
- Forderungen: Präsenz des Staates als Protektor vor den Angriffen gesellschaftlicher Gruppen, die primär ökonomische Interessen verfolgen. Vor allem Schutz der natürlichen Leben- und Siedlungsräume gegen das ungehinderte Vordringen des Kokaanbaus. Absicherung von Territorialrechten und Anerkennung der lokalen Selbstverwaltung. Sicherung des Status quo.

- Kooperation mit dem Staat wird gesucht, nicht Konfrontation wie die indigenen Gruppen des Hochlandes. In letzter Zeit kommt es aber auch bei diesen Gruppen zu einer verstärkten Radikalisierung.
- Heute zunehmender Ruf nach Land, nach bras. Vorbild Organisation im *movimiento sin tierra*. Immer wieder werden diese Gruppen nach Landbesetzungen von militanten Gruppen der Unternehmervverbände des Tieflandes attackiert.

3. Die *Cocaleros*

- Durch eine starke Binnenmigration infolge der Übernahme des neoliberalen Wirtschaftsmodells 1985 und entsprechender Reformen der Regierung Paz Estensoro (MNR) - allein in den Minengebieten wurden beispielsweise 23 000 Arbeiter entlassen - in Verbindung mit einem weltweiten Kokainboom, expandierte in der subtropischen Region des Departements Cochabamba ab Mitte der 80er Jahre der Kokaanbau. Es kam zu einem Zusammentreffen klassischer *push*- und *pull*-Faktoren.
- Fahndungsdruck, militärische Übergriffe gegen Kokabauern und Hilfskräfte (wie Tiefland-Indigenas) führten im Chapare zu Zersetzungsprozessen. Diese verstärken die Tendenz zu kultureller Desintegration, Individualisierung, Kriminalität, Gewalt und Drogenkonsum. Diese Entwicklung wird laut Robert Lessmann beschleunigt durch die Praxis, an die einfachen Hilfsarbeiter (oft sind dies die Tiefland-Indigenas) statt Lohn auch *pasta basica* abzugeben, womit zur Verbreitung einer sehr gefährlichen Form des Drogenmissbrauchs beigetragen wird.
- Weitere Problematik ist die Marginalisierung der ethnischen Gruppen des Tieflandes: „Und während sich die Sindicatos der Kokabauern mit ihrer Verteidigung des „heiligen Blattes der Inka“ mit den Federn des Indigenismus schmückten, vertrieb genau ihre Kolonisierung indigene Völker wie die Yuquis oder Yuracaré aus ihren traditionellen Gebieten. Oder diese wurden auf niedrigster Stufe in die illegale Ökonomie integriert: Als Kokatreter, Schmieresteher oder Transporteure, die im Chapare „cepes“ oder „matobenes“ genannt werden – indianische Wörter für Ameisenarten.“ (Lessmann, Robert, „Das verhüllte Gesicht der Drogenökonomie in Bolivien“, in: Sevilla, Rafael und Benavides, Ariel: *Bolivien, Das verkannte Land?*, Bad Honnef 2001, S.250)
- Vor allem die Tiefland-Indigenas leiden unter dem ungehinderten Vordringen des Koka-Anbaus, der ihre traditionellen Siedlungs- und Lebensräume bedroht. Deshalb verständlicher Ruf nach dem Staat als Protektor.
- Ganz egal ob Landarbeiter, arbeitsloser *minero* oder *indígena*: In der illegalen Drogenproduktion verlieren sich kulturelle Besonderheiten und traditionelle Lebensformen. Die überwiegend aus dem Hochland stammenden *campesinos* und *mineros* sind beispielsweise nicht mehr an ihre traditionelle *comunidad* gebunden. Dennoch benutzte diese Bewegung der *cocaleros* die indigene Tradition und den positiven Diskurs, den die indigenen Bewegungen seit den 90er Jahren genießen, zur Instrumentalisierung.
- Folglich kann bei der Bewegung der *cocaleros*, die unter Führung von Evo Morales sich seit 1987 in der Partei *Movimiento al Socialismo* organisiert, nicht von einer indigenen Bewegung gesprochen werden. Dies unterstreicht schon der Name MAS: *Movimiento al socialismo*.
- Ein weiterer Gegensatz: Zur Legitimation des Koka-Anbaus wird die traditionelle Bedeutung des Kokablatts betont. Doch Bolivien darf zur Deckung des traditionellen Konsums (Kokakauen)

bereits 12 000 ha Koka anbauen. Dies geschieht in den Yungas. Es ist erwiesen, dass die Koka des Chapare, wo die *cocaleros* ihre Basis haben einen zu hohen Alkaloid-Anteil hat und dementsprechend kaum gekaut werden kann. Daraus resultiert, dass die Koka des Chapare fast ausschliesslich zur Kokainproduktion genutzt werden kann.

- Deshalb wird Evo Morales von internationaler Seite scharf kritisiert und ihm wird vorgeworfen, die historische Legitimation des traditionellen Koka-Anbaus zur Rechtfertigung des kommerziellen Coca-Anbaus zu missbrauchen, der letztlich zur Weiterverarbeitung zu Coca-Paste und zu Kokain genutzt wird.
- Evo Morales kommt ursprünglich aus der Gewerkschaftsbewegung, er ist innerhalb der CSUTCB aufgestiegen ist. Mit dem Einzug ins Parlament 2002 als zweitstärkste Partei geriet er in einen Zwiespalt. Er mußte nun verstärkt zwischen zum Teil radikaler Rhetorik und konstruktiver Parlamentsarbeit lavieren. Zugleich wandelte sich der MAS von einer one-issue-Partei zu einer Partei mit klaren programmatischen Inhalten.
- Der MAS brachte mit seiner Partei mitunter sinnvolle politische Projekte in das Parlament ein und suchte die Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Carlos Mesa. Doch in den Phasen der Krise waren es auch die vom MAS im Verbund mit anderen Gruppierungen vertretenen Maximalforderungen, die zu einer Verschärfung der Lage führten. Die dominierende Komponente der Politik von Morales ist eine stärkere Umverteilung zugunsten der Armen, die Durchbrechung der Jahrhunderte langen Elitenherrschaft in Bolivien und eine verstärkte staatl. Marktsteuerung. Pendeln zwischen radikaler Rhetorik und konstruktiver Opposition als Kontinuum seiner Politik.

b) Die Gewerkschaften und Nachbarschaftskomitees

- Die Gewerkschaften sind neben den Nachbarschaftskomitees in El Alto (*juntas vecinales*) ebenfalls sehr einflußreiche „soziale Bewegungen“. An den Gewerkschaften vorbei können kaum noch Gesetze verabschiedet werden, da sie stets durch Blockaden und Demonstrationen das gesamte öffentliche Leben lahm legen können. Wichtigster Verband ist der Dachverband *Central Obrera Boliviana* (COB), in ihm sind vor allem die *mineros* organisiert. Sie agieren bei nationalen Konflikten wie dem Streit um den Umgang mit den Gasressourcen oft im Verbund mit den *cocaleros* und den indigenen Bewegungen des Hochlandes.
- Die Nachbarschaftskomitees in El Alto haben sich mittlerweile zur *Federación de Juntas Vecinales – FEJUVE*- zusammengeschlossen. Leiter ist Abel Mamani. Diese Organisation hat die Macht, durch ein bestimmtes System die Kontrolle über Arbeits- und Stellplätze für den Kleinhandel auszuüben. Es wird kolportiert, dass während der nationalen Proteste gegen den Umgang mit den fossilen Brennstoffen, Tausende der Demonstranten in El Alto unter der Androhung des Verlustes ihres Arbeitsplatzes oder Gasanschlusses zur Teilnahme gezwungen wurden (Bolivia-Info, Nr. 142, S.10).
- Die Nachbarschaftskomitees haben sich in letzter Zeit neben ihrer ursprünglichen Funktion, der Schaffung eines selbst organisierten sozialen Netzes für El Alto, zu einer stark politisierten, regional äußerst einflussreichen und straff organisierten Bewegung entwickelt. Bei dieser Politisierung wiederum spielen die Gewerkschaften, vor allem der regionale Dachverband COR eine gewichtige Rolle.

- Der Chef des COB, Jaime Solares, machte den Versuch, in El Alto eine Volksversammlung, nach dem Vorbild der Räteversammlungen der russischen Revolution zu organisieren, doch diese Idee fand nicht die Unterstützung aller Sektoren und hätte zudem nur regionale Wirkung gehabt.

c) Die Unternehmergruppen des Tieflandes

- *Comité Pro Santa Cruz*: Viele führende Mitglieder sind ehemalige Minister oder Politiker aus den Reihen der traditionellen Parteien ADN, MNR und UCS. Als Gegenstück zur Oktober-Agenda 2003 der sozialen Bewegungen wurde die Juni-Agenda oder auch „Autonomie-Agenda“ entworfen. Die Bewegung verfügt ebenfalls über eine enorme Mobilisierungsfähigkeit: An einer „Offenen Bürgerversammlung“ nahmen am 28.01.2005 300 000 Menschen teil. Man macht sich zunehmend die Formen der direkten Aktionen der bisher nur von den andinen Bewegungen bekannten zueigen. Das Leitmotto lautet: „Wir sind Bolivien, und du?“
- Indigene und soz. Bewegungen sahen in den Mobilisierungen einen „perversen Komplott der Ölgesellschaften und der Großgrundbesitzer zur Destabilisierung der Demokratie“ und hinter dem Comité Pro Santa Cruz Machtgruppen, die niemand gewählt hat.
- Einflußreichste Mitgliederorganisationen sind die wichtigsten Unternehmerverbände und die Organisation Nación Camba.
- *Nación Camba* liefert den ideologischen Hintergrund der Bewegung und benutzt zum Teil stark rassistisches Gedankengut: Demzufolge leben im heutigen Bolivien verschiedene Nationen, von denen sich vor allem zwei unversöhnlich gegenüberstehen: die „zurückgebliebene“ Gruppe der Hochlandindianer (Aymara und Quechua), die von La Paz aus den Rest des Landes kontrolliert und ihm eine Kultur der Unterentwicklung aufzwingt und die Nation Camba, die friedlich in den östlichen Tiefländern lebt und sich durch Fleiß, Bildung, Offenheit und Toleranz ausbildet. Als Befreiungsbewegung dieser anderen Version Boliviens strebt die Nación Camba die Unabhängigkeit der Departements Santa Cruz, Beni und Pando, der so genannte Halbmond des Orients an.
- Sowohl die *Nación Camba* als auch das *Comité Pro Santa Cruz* unterhalten eigene Jugendverbände, die immer wieder von sich Reden machen, durch gewalttätiges Vorgehen gegen demonstrierende Landarbeiter / Indigenas etc.

d) Multinationale Unternehmen

- Seit 1997 sind die *global player* des int. Gastgeschäfts in Bolivien vertreten: Die spanische RepsolYPF (24,8 % d. Reserven), British Gas (16,1 %), Total Fina Elf (14 %), die brasilianische Pterobras (13,8 %) und BP (10,5 %). Sie üben erheblichen Druck auf die Regierung aus und drohen aufgrund getätigter Investitionen in Höhe von 3,25 Milliarden US-Dollar mit erheblichen Schadensersatzforderungen bei einer Verstaatlichung der Gasreserven.

e) Die USA

- Der Druck aus den USA in den 60/70er Jahren, die Volkswirtschaft durch den Abbau sozialer Ausgaben zu stabilisieren und die Öffnung der Märkte für ausländische Investoren zu gewährleisten, führte schon damals zu innenpolitischen Spannungen. Die jährlichen Hilfszahlungen im Zuge des Ost-West-Konflikts zur Abwehr kommunistischer Tendenzen in Lateinamerika überstiegen dabei den bolivianischen Staatshaushalt um ein Vielfaches.
- Schon hier zeigten sich die Antagonismen, die bis heute viele Grundsatzentscheidungen in der bolivianischen Politik prägen: Die Interessen ausländischer Mächte und des Internationalen Finanzkapitals beschränken den Entscheidungsspielraum der nationalen Regierung und stehen oftmals im krassen Widerspruch zu den Interessen der breiten Bevölkerung.
- Der Aufruf des US-Botschafters vor den Präsidentschaftswahlen 2002, das Volk solle nicht für Evo Morales stimmen, war nicht unerheblich für dessen Stimmengewinn und das Erstarken des MAS zur zweitstärksten politischen Kraft bei diesen Wahlen.
- Dennoch gibt es, so wird in Bolivien kolportiert, Stimmen, die sagen, nur eine Präsidentschaft von Morales könne dessen Einfluss in Bolivien brechen. Im Amt könne er durch internationalen Druck und im Verbund mit der bol. Unternehmerelite im Amt „entzaubert“ werden. Gegenüber seinen eigenen Unterstützern und Wählern wäre er aufgrund früherer Maximalforderungen schnell diskreditiert, da die Realität des Amtes schnell offenbaren würde, dass die Forderungen nicht umzusetzen seien.
- Durch die Politik der Konditionierung (der US-Präsident muss gegenüber dem amerikanischen Kongress jährlich bestätigen, ob Bolivien die US-Forderungen im Hinblick auf die Eradiktion von Koka-Pflanzen und die Drogenbekämpfung erfüllt hat. Hat Bolivien diese nicht erfüllt, werden Entwicklungshilfen und Finanzmittel gekürzt oder gestrichen) hat es in der Vergangenheit immer wieder schwere innenpolitische Ausschreitungen gegeben und diese Politik hat letztendlich zu einem Erstarken und einer Radikalisierung der Bewegung der *Cocaleros* geführt.

III. Die Hauptkonfliktlinien

a) Der Kampf um die Bodenressourcen

- Das äußerst sensible Thema der Bodenressourcen muss im bolivianischen Kontext auch immer im Zusammenhang mit der historischen Situation gesehen werden: Mehr als 70 % der Bürger messen heute dem Erdgas eine überragende Entwicklung für die Entwicklung des Andenstaates bei. Gerade in den Forderungen der sozialen Bewegungen des Hochlandes dominiert dabei die Angst, dass multinationale Konzerne die Gewinne absorbieren könnten und für Bolivien selbst nur ein Bruchteil der Gewinne übrig bliebe. Diese Ängste hängen eng mit dem Trauma des Silberbergs von Potosi zusammen. Während der Kolonialzeit wurde von den Spaniern das Silber systematisch ausgebeutet, und zahllose Indigenas starben in den Minen. Eine Ironie der Geschichte lag darin, dass Potosi im 16./17. Jh. trotz der Höhe von 4000 Metern eine der größten und reichsten Städte der Welt war. Heute ist es die unterentwickelste Region Boliviens. Die Angst vor einer Wiederkehr der Geschichte beim Thema der Gasförderung und damit einhergehend die Angst vor einem erneuten Ausverkauf Boliviens muss deshalb vor diesem

Hintergrund betrachtet werden. Deshalb haben die sonst von Partikularinteressen dominierten sozialen Bewegungen in der Frage der Gasförderung und des Gasexports ein sie einigendes Motiv entdeckt.

- Ausgangspunkt des Konfliktes um die Bodenressourcen: „Cero Coca“-Politik der Regierung Banzer und der Wasserkrieg in Cochabamba 2000. Eine Wiederholung des „Kampfes um das Wasser“ gab es in El Alto Anfang 2005. Massive Preiserhöhungen zwischen 30 und 40 %, die die multinationalen Unternehmen mit ihren Investitionen in das Infrastrukturnetz begründeten, führten zu massiven Ausschreitungen und der Kündigung der Verträge.
- Die Entwicklung des Gas-Konflikts: Als eine der letzten Amtshandlungen verabschiedete die Regierung Sánchez de Losada 1997 ein investorenfreundliches Kohlenwasserstoffgesetz, das die Abgaben für Öl- und Gasförderung von 50 auf 18 % senkte. 18 % sind im regionalen Vergleich sehr niedrig, zugleich förderte es aber die Investitionsbereitschaft internationalen Investoren.
- Dadurch entstand ein regelrechter Öl- und Gasboom. Umfangreiche Investitionen in die Exploration durch ausländische Investoren führten zu einer Versiebenfachung der bolivianischen Gasreserven. Heute sind 810 Milliarden Kubikmeter Reserven bekannt, nach Venezuela sind dies die zweitgrößten in Lateinamerika.
- Welche Exportmöglichkeiten bieten sich für Bolivien? Durch den Bau einer Pipeline vom Osten Boliviens zur bras. Küste (3150 km) kann der Absatzmarkt Brasilien erschlossen werden. Außerdem wird in hohem Maß Erdgas auch nach Argentinien ausgeführt. In Anbetracht der immensen Vorkommen sind diese Absatzmärkte aber nicht ausreichend.
- Lösungsansatz: Export durch Verflüssigung des Gases in die USA. Ein Multinationales Konsortium aus Repsol YPF, British Gas und BP plant sei 2001, über Zeitraum von 20 Jahren 168 Milliarden Kubikmeter bolivianisches Erdgas in flüssiger Form nach Nordamerika zu exportieren. Das Gas soll per Pipeline in einen chilenischen Hafen geleitet, dort verflüssigt, dann auf Tankern nach Mexiko transportiert werden, um von dort wieder per Pipeline nach Kalifornien zu gelangen.
- Problem: Verlust des Meerzuganges an Chile im Salpeter-Krieg (1879-1883), bis heute wird es als wichtigstes außenpol. Ziel definiert, den Meerzugang wiederzuerlangen. Alternativer Streckenverlauf über peruanisches Territorium wäre 240 km länger und wird von dem Konsortium als unwirtschaftliche abgelehnt.
- Die Einbindung des Erzfeindes Chile in das Projekt war der Auslöser der Oktoberunruhen 2003, die zum Rücktritt Sánchez de Losadas führten. Damals standen die Verhandlungen über den Bau der Pipeline kurz vor dem Abschluß, bei den Protesten starben 60 Menschen.
- Nachfolger wurde Vizepräsident Carlos Mesa, der im Juli 2004 ein Referendum durchführen ließ:

Abbildung 3: Referendum über den Umgang mit den Gasressourcen im Juli 2004

Las preguntas para el referendum	
1.-	¿Está usted de acuerdo con la abrogación de la Ley de Hidrocarburos 1689 promulgada por Gonzalo Sánchez de Lozada?.
2.-	¿Está usted de acuerdo con la recuperación de la propiedad de todos los hidrocarburos en boca de pozo para el Estado boliviano?.

3.-	¿Está usted de acuerdo con refundar Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos, recuperando la propiedad estatal de las acciones de las bolivianas y bolivianos en las empresas petroleras capitalizadas, de manera que pueda participar en toda la cadena productiva de los hidrocarburos?
4.-	¿Está usted de acuerdo con la política del presidente Carlos Mesa de utilizar el gas como recurso estratégico para el logro de una salida útil y soberana al océano Pacífico?.
5.-	¿Está usted de acuerdo con que Bolivia exporte gas en el marco de una política nacional que cubra el consumo de gas de las bolivianas y los bolivianos, fomente la industrialización del gas en territorio nacional, cobre impuestos y/o regalías a las empresas petroleras llegando al 50 por ciento del valor de la producción del gas y el petróleo en favor del país; destine los recursos de la exportación e industrialización del gas, principalmente para educación, salud, caminos y empleos?

Frage 1: „Sind Sie einverstanden mit der Abschaffung des Gesetzes zu Kohlenwasserstoffen Nr. 1689 verabschiedet von Gonzalo Sánchez de Lozada?“ behandelt die Abschaffung des Gesetzes über Kohlenwasserstoffe (Ley de Hidrocarburos N° 1689), welches 1996 von der Regierung *Gonzalo Sánchez de Lozada* erlassen wurde und welches den Abbau und die Verwertung der Kohlenwasserstoffe in die Hand privater Unternehmen übergibt.

Frage 2: „Sind Sie einverstanden mit der Wiederherstellung des Eigentums des bolivianischen Staates an allen Kohlenwasserstoffen unter der Erdoberfläche?“

Frage 3, „Sind Sie einverstanden mit der Neugründung von YPFB (Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos), durch welche das staatliche Eigentum an der Nutzung der Kohlenwasserstoffe wiederhergestellt wird, was bedeutet, dass YPFB an dem gesamten Prozess der Nutzung und Verbreitung der Kohlenwasserstoffe beteiligt ist?“

Frage 4, „Sind Sie einverstanden mit der Politik des Präsidenten Carlos Mesa, welche das Gas als strategisches (Druck-) Mittel zur Wiedergewinnung eines souveränen Meerzugangs nutzt?“

Frage 5 teilt sich in mehrere Unterfragen auf: Die Regierung möchte wissen, ob die Bevölkerung einverstanden ist mit

- „dem Export von Gas im Rahmen einer nationalen Politik, die den internen Gasbedarf Boliviens deckt,
- der Förderung der Industrialisierung des Gases auf nationaler Ebene,
- der Erhebung von Steuern bzw. Gebühren für Ölunternehmen in Höhe von 50% des Wertes des geförderten Öls auf nationalem Territorium zugunsten des Landes,
- der Verwendung der Gewinne aus Export und Industrialisierung des Gases hauptsächlich zur Finanzierung von Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Arbeitsplätzen.“

Erläuterungen zu den Fragen

(vgl. dazu: *Sauer, Julia, Fünf Fragen zur Zukunft Boliviens. Das Referendum zur Energiepolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Juni 2004*)

- Die 2. Frage behandelte die Wiedergewinnung der Eigentumsrechte des Staates über die Kohlenwasserstoffreserven. Mit dieser Frage wurde die Frage aufgegriffen, wer Eigentümer der

natürlichen Ressourcen Boliviens ist. Die Regierung Sánchez de Lozada hatte die Förderung der Ressourcen in die Hand privater Unternehmen übergeben. Der Artikel 139 der bolivianischen Verfassung, welcher besagt, dass der Staat Eigentümer der Kohlenwasserstoffressourcen (unter der Erde) ist, sollte durch einen positiven Ausgang der Frage bestätigt werden. Auf Basis dieses Artikels wurde Sánchez de Lozada vorgeworfen, Boliviens Bodenressourcen verfassungswidrig an multinationale Konzerne verkauft zu haben.

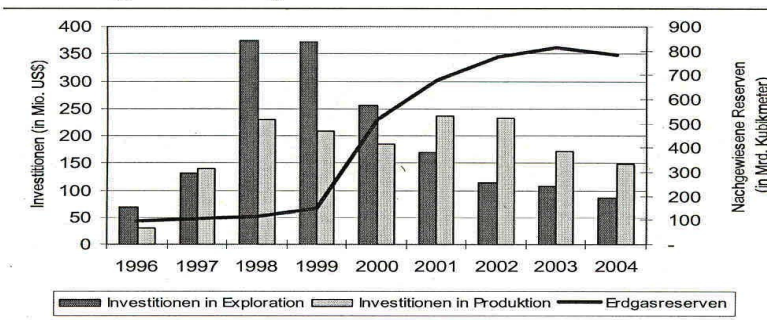
- Die dritte Frage behandelte die Wiedererrichtung und Stärkung von YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*). YPFB wurde 1936 gegründet und verfügte bis zur Kapitalisierung in 1996 über die Rechte des Abbaus, der Verarbeitung und der Verbreitung der Kohlenwasserstoffe. Die Wiedereinrichtung der YPFB ist eine zentrale Forderung der sozialen Bewegungen. Aber das staatliche Unternehmen hat weder das Kapital noch das *know how* die weitere Erschließung der Gasfelder voranzutreiben. Dies können, wie auch die Statistik der Entwicklung der erschlossenen Gasfelder zeigt, derzeit nur die großen *player* im Gasgeschäft.
- Die 4. Frage griff die lange politische Debatte über einen Meerzugang Boliviens in Chile auf. Sie war als rein politisches Manöver des Präsidenten zu werten, um Zustimmung für seine Politik zu generieren. Die historische Frage des bolivianischen Meerzuges wurde in der Geschichte des Landes von den verschiedensten Politikern zu politischen Zwecken thematisiert.
- Die in der 5. Frage genannte Anhebung der Steuern auf 50% (heute: 18%) sollte stufenweise innerhalb der nächsten 40 Jahre geschehen. Die sozialen und indigenen Gruppen verlangen hingegen 50 % Abgaben. Carlos Mesa trat dafür ein, sich auf 20 % Abgaben und 30 % Steuern zu einigen. Durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten, würde der Staat aber de facto niemals 30 % Steuerabgaben erhalten, weshalb dieser Vorschlag von der Mehrheit der sozialen Bewegungen abgelehnt wird.
- Vielfach fehlt es, wie das Beispiel des Referendums (Frage 5 war durch ihre Komplexität sehr schwer verständlich, dies führte zu erheblicher Kritik) zeigt, an einer ausreichenden Nähe zu den Bürgern, dies hat mehrere Konsequenzen:
 - a) Die Empfänglichkeit für bestimmte Positionen und das Einschwenken auf bestimmte Parolen wird gefördert. Ein eigener Meinungsbildungsprozeß und gemäßigte Personen haben in dem von Polarisation geprägten Klima kaum Chancen.
 - b) Die Politikverdrossenheit und Radikalisierung nehmen zu, da man die Auswirkungen der Globalisierung und die Einflußnahme der multinationalen Unternehmen, aber auch der Institutionen wie der Weltbank, die Benzinpreis- oder Steuererhöhungen als Forderung für weitere finanzielle Unterstützungen fordern, nicht nachvollziehen kann. Daraus resultieren Innenpolitische Zerreißproben als Konsequenz des externen Drucks.
 - c) Das Referendum offenbarte auch die Repräsentationskrise des Staates, es gibt keinen Zugang zu Bürgern beziehungsweise eine ausreichende Information. In dem polarisierten Klima dringt die Politik mit einer sachlichen Informationsarbeit, beispielsweise welche positiven Effekte ein investorenfreundliches Gasgesetz haben könnte, kaum durch.
- In welcher Rolle sich die multinationalen Konzerne durch die vor allem in der ersten Regierungszeit Sánchez de Lozadas vorangetriebene Privatisierungspolitik sehen, offenbart ein Beispiel aus der Zeit nach dem Referendum, als Regierung und Parlament versuchten, die Ergebnisse in einem neuen Gesetz zum Umgang mit den fossilen Brennstoffen umzusetzen: Einige der Unternehmen traten an den Präsidenten mit der Forderung heran, dass bei jeder Veränderung auf diesem Feld der bolivianischen Wirtschaft in Form von neuen Gesetzen, sie erst konsultiert

werden müßten. Sie verlangten eine Rolle als Partner bei der Erarbeitung der neuen Gesetze über die fossilen Brennstoffe, der Staat dürfe keine einseitigen und konfiskatorischen Maßnahmen ergreifen, die schließlich alle trafen. Präsident Carlos Mesa erklärte daraufhin, dass Gesetze in Bolivien immer noch von der Regierung in Verbindung mit dem Parlament erarbeitet würden.

- Nachdem Mesa sich weigerte, ein vom Kongress verabschiedetes Gesetz, dass die Abgabenlast für die internationalen Konzerne von 18 wieder auf 50 % für Öl- und Gasproduktion anheben soll, zu unterzeichnen, kam es erneut zu Protesten. Anfang Juni 2005 trat Mesa zurück. Das Gesetz wurde vom Senat verfassungsgemäß verkündet und binnen 180 Tagen müssen nun 72 Verträge mit multinationalen Unternehmen der neuen Rechtslage angepasst werden. Die wichtigsten Firmen haben bereits angekündigt, dass sie bei dem Gerichtshof der Weltbank Beschwerde einlegen werden.
- Mesa befand sich in der Überlegung, ob er das Gesetz unterzeichnen soll, zwischen allen Fronten: Im Falle der Unterzeichnung des Gesetzes standen schon vorab horrende Schadensersatzforderungen der Unternehmen im Raum. Bolivien hätte solche Forderungen nicht erfüllen können, weil sie sich negativ auf seine Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kreditmärkten ausgewirkt hätten. Ebenfalls wäre von einem höheren Druck seitens des IWF auszugehen, dessen erzwungene Mehrwertsteuererhöhungen bereits zu den Februarunruhen 2003 führten (*Impuestazo*). Diese Sachzwänge und internationalen Verpflichtungen werden von den Demonstranten selten beachtet. Es ist einfach gegen Neoliberalismus, IWF und den eigenen Staat ins Feld zu ziehen, doch befreien aus dieser Zwangslage kann sich keine bolivianische Regierung.
- Übergangspräsident ist nun Eduardo Rodríguez, er hat Neuwahlen für den 4. Dezember ausgeschrieben. Ob dieser Termin eingehalten werden kann ist aufgrund ungeklärter Verfahrensfragen ungewiss.
- Die Umsetzung der Forderungen nach vollständiger Verstaatlichung des Gases würde wahrscheinlich zu einer Verschärfung des momentan gefährlichsten Konfliktes in Bolivien führen, der drohenden Spaltung des Landes.

Abbildung 4: Entwicklung der Gasförderung in Bolivien (aus: Brennpunkt Lateinamerika, 17. Juni 2005, S. 130)

Abbildung 1: Investitionen im bolivianischen Öl- und Gassektor und die Entwicklung der nachgewiesenen Erdgasreserven



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten von YPFB (www.ypfb.gov.bo/).

b) Gespaltenes Land oder die „zwei Bolivien“

- In den Augen der indigenen Bevölkerung sind sie Opfer aus zwei Perspektiven. Zum einen in Form des *Neocolonialismo* als Leidtragende der Auswirkungen der Globalisierung und der von IWF und Weltbank mit zu verantwortenden Strukturanpassungsmaßnahmen, als deren Verlierer sich die indigene Bevölkerung sieht. Durch die Privatisierung von Staatsbetrieben, gerade auch der Wasserversorgung, und der Ausbeutung von nationalen Bodenschätzen fühlen sie eine massive Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Vor diesem Hintergrund muss die emotionale Bedeutung des Gasproblems auch betrachtet werden. Mögliche Entwicklungsschritte, z.B. durch den Gasexport würden ihrer Meinung nach nicht bei den unteren Einkommensschichten ankommen. Armut ist in Bolivien vor allem indigen.
- Zum Zweiten in Form des *colonialismo interno*: Die seit Jahrhunderten andauernde und nur rhetorisch in Form der Verfassung von 1994, die Bolivien als multiethnisches Land anerkannte, überwundene ethnische Diskriminierung und Einflußlosigkeit trägt aus Sicht der indigenen Bevölkerung Züge von Apartheid: Das arme indigene Bolivien des Hochlandes widersetzt sich der Ausbeutung der Gasreserven durch internationale Unternehmen, während ihrer Meinung nach das reiche, okzidentale, weiße Bolivien im Osten (Santa Cruz, Tarija) diese Ausbeutung der Gasreserven verteidigt und die Gewinne zu seinen Gunsten nutzen will. Dadurch kommt es aus ihrer Sicht zu einer Verschärfung der ethnischen und ökonomischen Gegensätze
- Steht Bolivien aufgrund dieser Konfliktlinien, die vor allem auch ethnisch begründet sind, vor einer Spaltung? Der westlich orientierte und liberale Süden Boliviens, die Bürger von Santa Cruz und Tarija, befürchten, eine Nationalisierung der Kohlenwasserstoffe werde auf Kosten der Departamente gehen, deren Wachstum und Wohlstand durch die Privatisierung gestiegen ist. Weiterhin lehnen vor allem Unternehmer aus dem „*Parte Oriental*“ Boliviens eine Nationalisierung der Kohlenwasserstoffe ab und unterstützen den Export von Gas nach Chile. Sie treten für einen pragmatischen Umgang mit den Reserven ein.
- In Tarija und Santa Cruz befinden sich 96,8 % der bekannten Reserven und diese Regionen streben derzeit massiv nach Autonomie. Ein Wahlsieg von Evo Morales würde nach derzeitiger Lage diese Bestrebungen forcieren. Die Konfliktlinie zwischen Hoch- und Tiefland erfährt durch die ethnische Aufladung eine zunehmende Brisanz. Ähnlich der Diskrepanz der indigenen Bewegungen des Hoch- und Tieflandes steht hier eine ideologische Position gegen eine eher pragmatische Position. Es besteht derzeit die große Gefahr eines Auseinanderbrechens des Landes.
- Die Eliten des Tieflandes vertreten teilweise die Forderung nach Gründung eines mit Bolivien assoziierten Freistaates.
- Warum haben auch die Autonomiebestrebungen des Tieflandes letztlich solche Mobilisierungskraft? Während im Hochland die Volksbewegungen dazu übergegangen sind, unter Anleitung von Intellektuellen und Anführern ihre prekäre Situation mit Hinblick auf das neoliberale Wirtschaftsmodell zu erklären und als Konsequenz dessen Abschaffung verlangen, ist es den cruceñer Eliten gelungen, für die Probleme der Bevölkerung des Tieflandes einen anderen Schuldigen zu definieren: den andinozentrischen Staat. Demzufolge ist der Zentralstaat nichts weiter als eine Marionette der radikalen linken Bewegungen, der von Korruption zerfressen und rückwärtsgewandt die Entwicklung der übrigen Regionen vereitelt. (Vgl. dazu auch Bolivia-Info Nr. 141).
- Durch Mesas Präsidentschaft gerieten die cruceñer Unternehmereliten ins Hintertreffen. Zum ersten Mal in 20 Jahren bolivianischer Demokratie hatte die Unternehmerelite keinen Zugang zu

politischen Schlüsselpositionen. Ihr Wunschnachfolger Vaca Diez scheiterte am Protest der sozialen Bewegungen des Hochlandes.

- Mesa befand sich zwischen allen Fronten, für viele Bolivianer war er der richtige Mann zur richtigen Zeit. Ein Historiker, der in seinen Schriften immer wieder die Unterdrückung der indigenen Bevölkerung aufgegriffen hat und der versuchte ohne die diskreditierten politischen und wirtschaftlichen Eliten zu regieren. Die meisten seiner Vorgänger hätten bei den Unruhen im Mai/Juni 2005 wohl die militärische Lösungsoption gewählt. Mesa zog es hingegen vor, zurückzutreten. Als erste Amtshandlung suchte er im Herbst 2003 die Gespräche mit Quispe und Morales, er versuchte anschließend die Forderungen der Oktober-Agenda abzuarbeiten. Allerdings wurde er durch immer neue Maximalforderungen der sozialen/indigenen Bewegungen, den Druck der internationalen Finanzinstitutionen und die Abspaltungsdrohungen der Ost-Regionen zermürbt. Sehr kritisch anzumerken ist bei dem Urteil über seine Person, dass er nach guten Ansätzen zu sehr zwischen unterschiedlichen Positionen lavierte und ihm bisweilen die Fachkompetenz in bestimmten Fragen fehlte.

Fazit / Folgerung der zunehmenden Spaltungstendenzen:

- Die unterschiedlichen Gruppen stehen durch die starke ideologische Aufladung des momentanen Konfliktes in einem gefährlich polarisierten Gegensatz zueinander, der die bolivianische Staatseinheit in Frage stellt. Sezessionistische Tendenzen könnten ein Übergreifen des bol. Konfliktes auf die Nachbarstaaten, vor allem Brasilien zur Folge haben.
- Das bolivianische Problem kann momentan wohl nur im regionalen Kontext durch die Einbindung legitimer Akteure geschehen. Dies kann zur Zeit nur Brasilien und/oder Argentinien sein, da es von allen beteiligten Gruppen als Verhandlungspartner akzeptiert würde.

c) Constituyente

- In der momentanen Situation kulminieren die zahlreichen Probleme vor allem in zwei Forderungen: Während die besser situierten Departements im Osten und Süden mehr Autonomie verlangen, fordern die Gewerkschaften und die Bewegungen des Hochlandes mehr Mitbestimmung und stärkeres Mitentscheidungsrecht über die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen.
- Es ist an der Zeit, die gravierenden Probleme zu klären, was mit der Schaffung eines nationalen Paktes und der Moderierung der völlig irrealen Forderungen einiger Akteure durch mäßigende Akteure möglich erscheint.
- Die Verfassungsgebende Versammlung soll dafür sorgen, dass die indigene Bevölkerungsmehrheit besser repräsentiert wird. Zentrale Frage wird eine gerechtere Landverteilung spielen, der Umgang mit Bodenressourcen, vor allem wird das hehre Ziel einer „sozialen Neugründung Boliviens“ verlangt. Nach dem Staatsversagen in mehrfacher Hinsicht soll die *Constituyente* eine Problemlösungsinstanz verkörpern und dazu beitragen, die Grundlagen für eine dauerhafte Stabilisierung zu legen.
- Eine solche Verfassungsgebende Versammlung wird vor allem im Hochland als Allheilmittel und wichtigster Ansatz zur Problemlösung hochstilisiert. Allerdings muss in Anbetracht der

Entwicklungen der letzten Jahre stark bezweifelt werden, ob es dazu die nötige Kompromißbereitschaft gibt. Massiv abgelehnt wird die *Consituyente* vom Comité pro Santa Cruz.

- Günther Maihold bewertet die Möglichkeiten einer *Constituyente* recht pessimistisch „Zu erwarten ist vielmehr, dass die Versammlung unter den Druck verschiedenster Protestgruppen sozialistischer und indigener Prägung geraten und den Maximalforderungen derselben weitgehend nachgeben wird. Eine Verfassungsreform würde unter diesen Umständen keine Lösung der Konflikte herbeiführen, sondern die Spaltung des Landes eher fördern. Der Kern des Problems in Bolivien besteht demnach darin, dass die verschiedenen Konflikte nicht mehr innerhalb des politischen Systems ausgetragen werden können, da sich divergierende Maximalforderungen offenkundig unvereinbar gegenüberstehen und die Akteure jedwede Kompromißbereitschaft vermissen lassen.“ (Maihold, Günther, „Demokratiekrisen in Lateinamerika“ in: *SWP-Aktuell*, Juni 2005, S.4).

d) Bevölkerung gegen Regierung: Ein Teufelskreis?

- Über 60 % der Proteste der vergangenen Jahre richteten sich gegen die Zentralregierung, etwas mehr als 10 % gegen kommunale Regierungen, nur 5 % waren klassische Arbeitskämpfe, die sich direkt gg. private Unternehmen richteten. Allein 2003 wurden 321 Konflikte gezählt (vgl. dazu Marmon, Tangmar, „Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Hamburg (2005) 12).
- Der Staat hat in seiner momentanen Verfassung keine Konfliktlösungskompetenz mehr. In den 90er Jahren gelang es, gerade die indigenen Strömungen in Form der Parteien CONDEPA und UCS in das politische System einzubinden und mit Victor Hugo Cárdenas hatte Bolivien erstmals einen indigenen Vizepräsidenten (Präsidentschaft Sánchez de Lozadas 1993-1997). Diese Absorptionsfähigkeit scheint es seit der Regierungszeit Banzer nicht mehr zu geben. Positive Ansätze, wie das Volksbeteiligungsgesetz, das Dezentralisierung auf kommunaler Ebene und eine stärkere regionale Eigenverantwortung vorsah, verkümmerten. Der Kampf um die Bodenressourcen und die Kokaproblematik haben seit 2000 die sozialen Bewegungen zunehmend radikalisiert. Ihre Maximalforderungen und selten vorhandene Kompromißbereitschaft, haben den Staat und die Parteien weiter geschwächt. Die Erfahrung, Präsidenten durch den Druck der Straße aus dem Amt manövrieren zu können, hat die Radikalisierung bestimmter Gruppen zusätzlich verstärkt und das eigene Selbstbewusstsein ist gewachsen. Die größte Problemlösungskompetenz und das höchste Vertrauen genießt heute in Bolivien die katholische Kirche.
- Weil schon auf lokaler Ebene vielfach artikulierte Probleme ungehört bleiben, wenden sich viele Bürger an die Gewerkschaften, die im Zweifelsfall als Mobilisierungsinstanz tätig werden können. Dort werden die Forderungen durch weitere gewerkschaftliche Forderungen ergänzt und der Staat durch Streiks, Demonstrationen und Blockaden wichtiger Strassenverbindungen unter Druck gesetzt. Die unterschiedlichsten Forderungen vermengen sich, es kommt innerhalb der sozialen Bewegungen zu schwer zu überblickenden ad hoc-Koalitionen und gerade durch gewaltsame Gegenmaßnahmen der Regierung (wie im Oktober 2003) radikalisieren sich diese Bewegungen und erhalten neuen Auftrieb. Durch Verweis auf die eigenen Opfer können anschließend die protestierenden Gruppen noch kompromißloser auf ihren Forderungen beharren (vgl. dazu Marmon, Tangmar, „Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, (12) Hamburg 2005).

- Die Wirtschaft des Landes wird seit Jahren durch dieses Konfliktschema enorm geschädigt. Durch die Radikalisierung der Aktionen ist der Staat in den meisten Fällen gezwungen, auf die Forderungen der Gewerkschaften oder sozialen Gruppen einzugehen, die er im zweiten Schritt aber aufgrund z.B. der internationalen Verpflichtungen oder fehlender Finanzmittel nicht umsetzen kann. Dies führt zu erneuten Protesten und man gerät in einen ausweglosen Kreislauf. Es fehlt ein politischer Ordnungsrahmen und institutionelle Stabilität, um dieses Schema zu durchbrechen.

IV. Zukunftsperspektiven

- Einige Stimmen weisen auf die Notwendigkeit hin, dass das nächste Regime in Bolivien eine „Regierung von Indios“ sein müsse. Beispielsweise der in Spanien lebende bolivianische Autor und Politikwissenschaftler Edmundo Paz Roldán: „Evo Morales und andere bolivianische *leader* sollten nicht nach Porto Alegre gehen, sondern stattdessen nach Südafrika. Denn da können sie lernen, wie man den Übergang zu einer schwarzen Regierung so gestaltet, dass die Weißen weder ökonomisch noch politisch ausgeschlossen werden.“
- Morales bezieht einen Großteil seines Ansehens aus seinem „Anti-Imperialismus“. In ideologischer Hinsicht steht Morales in einer Linie mit der „bolivarianischen Revolution“, was zur Folge hat, dass er nicht nur die moralische, sondern auch die materielle Unterstützung des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und auch Fidel Castros besitzt. Der mächtige Gewerkschaftsverband *Central Obrera Boliviana* misstraut ihm jedoch, und der Anführer des MIP, Felipe Quispe, ging sogar so weit, Morales als seinen Feind zu bezeichnen.
- Eine mögliche Präsidentschaft von Evo Morales fördert wahrscheinlich die Spaltung des Landes und den Druck der USA. Im Gegensatz zu Chavez, der aus dem Militär kam, hat Morales wenig Rückendeckung durch die Streitkräfte. Es ist zudem sehr fraglich, ob Morales seine Ziele aufgrund der starken internationalen Abhängigkeit Boliviens (im Gegensatz zur komfortablen Lage Venezuelas aufgrund seiner guten infrastrukturellen Möglichkeiten im Bereich der Ölindustrie) und der Polarisierung umsetzen kann. In ihn würden sehr starke Hoffnungen gesetzt, würde er diese enttäuschen, könnten die sozialen Bewegungen ineinander zerfallen. Fraglich ist auch, inwieweit der MAS über fähige Personen in der zweiten Reihe verfügt. Die bisherige Parlamentsarbeit lässt daran starke Zweifel aufkommen.
- Eher braucht Bolivien einen geachteten Mann des Ausgleichs, als eine Person, die die vorhandene Polarisierung verschärft. Obwohl von Morales im Zuge seiner bisweilen martialischen Rhetorik, die eher der Mobilisierung der eigenen Bewegung als der Darstellung realer Sachverhalte dient, betont wurde, Carlos Mesa wolle die sozialen Bewegungen auslöschen, hat sich Mesa bis zum Schluß geweigert, die Massenproteste wie sein Vorgänger gewaltsam durch den Einsatz des Militärs zu unterdrücken. Dies führte dazu, dass es erstmals seit der Redemokratisierung wieder Ambitionen im Militär gab, einen Präsidenten zu putschen. Wäre ein repressiver Kandidat wie Hugo Banzer in dieser Phase Präsident gewesen, wäre Bolivien womöglich an den Rand eines Bürgerkrieges geraten. Wie sehr die Unternehmerelite und Teile der traditionellen Parteien diese Politik der ausgestreckten Hand mit den sozialen Bewegungen und der MAS störte, wird an einem Beispiel deutlich. Unternehmer aus den erdgasreichen Regionen Tarija und Santa Cruz hatten sich mit Abgeordneten der MNR, MIR und NFR getroffen, um ein Gesetz über die fossilen Brennstoffe nach dem Geschmack des MAS zu lancieren, dieses sollte den Zorn der im Lande agierenden multinationalen Unternehmen anstacheln, daraufhin Mesa ein Präsidentenveto entlocken, um dadurch die gesammelte Wut des Volkes gegen den Präsidenten, vor allem auch von Seiten des

MAS hervorrufen. Diese Intrige soll auch vom Ex-Präsidenten Sánchez de Lozada und seinen noch immer in hohen Positionen befindlichen Anhängern befördert worden sein. Deutlich wird hieran, wie notwendig eine schnelle, dauerhafte und von den meisten Seiten akzeptierte Lösung der Ressourcenproblematik ist, um dem Konfliktpotential den Nährboden zu entziehen.

- Aufgabe der Führer der indigenen Organisationen wie der Gewerkschaften sollte es sein, im Dialog mit der Politik einen sinnvollen und konsensorientierten Mittelweg zwischen radikalem Marktliberalismus und einer Renationalisierung der Gasindustrie zu finden. Im Augenblick scheinen aber weder die Parteien noch die sozialen Bewegungen an einem ernsthaften Kompromiss interessiert zu sein. Nur eine Kompromiß- und Konsensbereitschaft kann das gefährlich polarisierte Klima in Bolivien durchbrechen.
- Bei einem Wahlsieg von Morales ist davon auszugehen, dass er sich dem engeren Zusammenschluß der linksgerichteten Regierungen, die von Chile, über Arg, Uruguay, Brasilien bis nach Venezuela reicht, anschließen wird.
- Der venezolanische Präsident Hugo Chávez strebt eine Stärkung einer subregionalen, auf umfassende Länderkooperation abzielende Integration an. Im Kontext eines Wahlsieges der Bewegung von Evo Morales würde die von Chávez ins Spiel gebrachte Gründung eines gemeinsamen Öl- und Gasunternehmens, der „Petrosur“, erneut diskutiert. Hinter der Idee zur Gründung von „Petrosur“ verbirgt sich der Aufbau einer Integrationsindustrie, in der es zum Zusammenschluß der unterschiedlichen staatl. Gas- und Ölfirmen kommt. Doch dominierende nationale Egoismen, die Erfahrungen des Mercosur und die fehlenden infrastrukturellen Voraussetzungen lassen diese „Vision“ sehr unrealistisch erscheinen. (vgl. zu diesen Ausführungen Maihold, Günther / Husar, Jörg, *Demokratiekrisen in Lateinamerika. Bolivien und Venezuela als Testfälle für das demokratische Engagement der internationalen Gemeinschaft*, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), SWP-Aktuell 25, Juni 2005)

Schlüsselfragen für die Zukunft Boliviens

a) Politisch

- Wie konnte es geschehen, dass Bolivien von einem „Musterland für Reformen“ innerhalb von wenigen Jahren zu einem Staat nahe der Grenze zu einem *failing state* wurde?
- Wie kann sich das Klima einer gefährlichen Polarisierung wieder zu einem Klima des gesellschaftlichen Konsenses wandeln, das nicht von Maximalforderungen und massiver politischer Instabilität geprägt wird?
- Sind die Protestbewegungen als Aufstand gegen oder für mehr Demokratie zu verstehen? Falls es ein Aufstand für die Demokratie ist: Erleben wir einen Wandel von einer repräsentativen hin zu einer partizipativen Demokratie?
- Welche Schlußfolgerungen sind aus dem Gegensatz „diskreditierte politische Klasse“ vs. „starke Zivilgesellschaft“ zu ziehen und welchen Ausweg gibt es aus dem Kreislauf der Protestbewegungen?
- Wie können politische Institutionen stabilisiert und Parteien zu legitimen Interessenvertretern werden? Kann eine Modifizierung des derzeitigen politischen Systems, z.B. die Einführung eines parlamentarischen Systems eine realistische Lösung darstellen? Welche politischen Reformen braucht das Land?

b) Sozio-Ökonomisch

- Kann eine Verstaatlichung der Erdgas-Reserven eine Lösung im Streit um den Umgang mit den Bodenressourcen Boliviens sein? Welche Konsequenzen hätte eine Kündigung internationaler Verträge für den Andenstaat? Welche alternativen Exportmöglichkeiten gibt es für Bolivien neben der „chilenischen Option“ ?
- Ist es überhaupt möglich, das andine Weltbild mit der Kontrolle ausländischer Unternehmen über die Bodenressourcen Boliviens zu vereinbaren?
- Wie können die wirtschaftlichen Ziele der internationalen Konsortien im Bereich der Wasserversorgung und der Erdgasförderung mit der speziellen Situation in Bolivien (Historische Gründe, Als Bedrohung empfundene Auswirkungen der Globalisierung, starke innenpolitische Polarisierung, Regierbarkeitskrise und latente Gefahr neuer *golpes populares*) zu einem für alle Akteure befriedigenden und die Lage in Bolivien stabilisierenden Ergebnis verbunden werden?
- Gerade durch den Konflikt um die Bodenressourcen haben sich separatistische Tendenzen verstärkt: Steht Bolivien vor einem ethnisch aufgeladenen Konflikt, der zu einer Spaltung des Landes führen kann? Welche Akteure, die die ethnische und nationalistische Spaltung nicht zementieren, sondern überwinden wollen, sind in Sicht?
- Wie können im Hinblick auf die Ressourcenproblematik die unterschiedlichen Vorstellungen / Ziele der Gruppen des Hochlandes mit denen des Tieflandes kombiniert werden?

c) International

- Welche Rolle kommt der internationalen Gemeinschaft und der EZ in der aktuellen Krise und in Bezug auf eine nachhaltige demokratische Entwicklung zu, welche Einflußmöglichkeiten gibt es?
- Welche Konsequenzen hätte eine mögliche Präsidentschaft von Evo Morales, auch im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA und auf die Weiterentwicklung der von Venezuela propagierten bolivarianischen Integrationsideologie?

Einführende Literatur

- ANDERSSON, VIBEKE: *Popular Participation in Bolivia*, CDR Working Paper, Kopenhagen 1999.
- BIRLE, PETER: *Bolivien – Die Reformpolitik der Regierung Sánchez de Lozada*, in: Joachim Betz (Hg.): *Jahrbuch Dritte Welt 1998*, München 1997, S.221-241.
- BOLIVIA-INFO, herausgegeben vom Sago-Informationszentrum Bolivien in Berlin, Nr.130-142.
- BLUM, VOLKMAR: *Hybridisierung von unten – Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum*, Münster 2001.
- CÁRDENAS, VICTOR HUGO: “Los Pueblos Indígenas, el desarrollo y la democracia en América Latina”, in: *América Indígena*, Nr. 3-4, México Ciudad 1997, S. 57-65.
- GOEDEKING, ULRICH: *Politische Eliten und demokratische Entwicklung in Bolivien 1985-1996*, Münster 2003.
- GOEDEKING, ULRICH: *Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen*, in: *Brennpunkt Lateinamerika* (2003), Nr. 5, Hamburg 2003.
- GOEDEKING, ULRICH: „Wahlen in Bolivien: Zweite Amtszeit für Sanchez de Lozada - Bauernvertreter dominieren die Opposition“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Hamburg. (2002) 14. S.145-152.
- GOEDEKING, ULRICH: „CONDEPA und UCS: Zwei Parteien und ihre Erbfolgeprobleme“, in: *Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation*, Nr. 45, Hamburg 2001, S.24-32.
- GROS, CHRISTIAN: “El movimiento indígena: del nacional-populismo al neoliberalismo”, in: König, Hans-Joachim: *El indio como sujeto y objeto de la historia latinoamericana*, Frankfurt/Main 1998, S. 183- 205.
- HAHN, DWIGHT R.: “The Use and Abuse of Ethnicity. The Case of the Bolivian CSTUCB”, in: *Latin American Perspectives*, Vol. 23, No. 2, Ethnicity and Class in Latin America, 1996, S. 91- 106.
- HOFFMANN, KARL-HEINZ: „Die Koka- und Kokainproblematik in Peru und Bolivien“, in: *Nord-Sued Aktuell*, S. 475-487, Hamburg, Oktober 1992.
- HOFMEISTER, WILHELM: *El cambio del sistema político y la consolidación de la democracia en Bolivia*, in: Barbara Potthast, Karl Kohut, Gerd Kohlhepp (Hg.): *El espacio interior de América del Sur. Geografía, historia, política, cultura*, Frankfurt und Madrid 1999, S. 69-84.
- HUSAR, JÖRG; MAIHOLD, GÜNTHER, „Konfliktstoff Erdgas. Südamerika wird wieder Rohstofflieferant: Innen- und aussenpolitische Implikationen der Ressourcenpolitik in Bolivien und Argentinien“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Hamburg. (2005) 11, S.129-140.
- INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumente. Nr. 45: Alte und neue politische Akteure in den zentralen Andenländern*, Hamburg 2001
- INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumente. Nr. 31: Bolivien: Traumland der Reformen?* Hamburg, 1996.
- JOST, STEFAN, *Bolivien: Politisches System und Reformprozess 1993-1997*, Opladen: 2003.
- KÖNIG, HANS-JOACHIM (HRSG.): *El Indio como sujeto y objeto de la historia latinoamericana*, Frankfurt/Main, 1998.

- LESSMANN, ROBERT, *Zum Beispiel Bolivien*, Göttingen 2004.
- LESSMANN, ROBERT: *Drogenökonomie und internationale Politik*, Frankfurt 1996.
- MAIHOLD, GÜNTHER; HUSAR, JÖRG, *Demokratiekrisen in Lateinamerika. Bolivien und Venezuela als Testfälle für das demokratische Engagement der internationalen Gemeinschaft*, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), SWP-Aktuell 25, Juni 2005.
- MANSILLA, H.C.F.: „Zwischen traditionellen partikularistischen Werten und modernen universalistischen Zwängen. Die Herausbildung der Nationalidentität Boliviens im Zeitalter der Globalisierung“, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 15, Frankfurt/Main 1999, S. 217-233.
- MARMON, TANGMAR, „Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Hamburg (2005) 12.
- MERZ, JOACHIM: Bolivien: „*Participación Popular* und Repolitisierung des Öffentlichen“, in: *Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation, Nr. 45: Alte und neue politische Akteure in den zentralen Andenländern*, Hamburg 2001, S.33-45.
- MESA, CARLOS D. GISBERT.: “Bolivien im 20. Jahrhundert – Eine historische Annäherung“, in Sevilla, Rafael und Benavides, Ariel: *Bolivien, Das verkannte Land?*, Bad Honnef , 2001, S.346-391
- POTTHAST, BARBARA, KOHUHT, KARL U.A. (HG.), *El espacio interior de America del Sur. Geografia, historia, politica, cultura*, Frankfurt a.M. 1999.
- SAUER, JULIA, *Fünf Fragen zur Zukunft Boliviens. Das Referendum zur Energiepolitik*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Juni 2004.
- SEVILLA, RAFAEL / BENAVIDES, ARIEL: *Bolivien, Das verkannte Land?*, Bad Honnef , 2001.
- STRÖBELE-GREGOR, JULIANA: „Zwischen Konfrontation und Kooperation: Indianische Bewegung und Staat in Bolivien“, in: Gleich, Utta von (Hrsg.): *Indigene Völker in Lateinamerika. Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?* Frankfurt/Main 1997, S.127-158.
- WOLFF, JONAS *Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen*, Frankfurt/M, 2004, <http://www.hsfk.de/downloads/report0604.pdf>